

Antrag auf Einbürgerung (§ 10 StAG)

Bitte alle Fragen beantworten. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen.
Reicht der Platz nicht aus, weitere Ausführungen bitte auf ein Beiblatt.
Für jede Person über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.
- [Datenschutzrechtlicher Hinweis siehe Ziffer 10!](#) -

Landeshauptstadt Stuttgart
Amt für öffentliche Ordnung
Schmale Straße 9 bis 13
70173 Stuttgart

Vermerke der Behörde

Antragseingang
Tag:

Ich beantrage die Einbürgerung und mache dazu folgende Angaben:

1. Personalien des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin

Familienname

Geburtsname

frühere Familiennamen

Vorname(n)

Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

Geschlecht

☐ männlich ☐ weiblich ☐ divers

aktuelle Anschrift

Telefon

E-Mail

Familienstand

☐ ledig ☐ verheiratet

☐ verwitwet ☐ geschieden

☐ Lebenspartnerschaft

☐ Mehrehe (mehr als 1 Ehegatte gleichzeitig)

Ausweispapier
(Pass, Personalausweis)

ausgestellt von

ausgestellt am

gültig bis

2. **Kinder des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin**

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort, Kreis, Staat			
Geschlecht	☐ männlich ☐ weiblich	☐ männlich ☐ weiblich	☐ männlich ☐ weiblich
Aufenthaltort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Kindschaftsverhältnis	☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich	☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich	☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich
	4. Kind	5. Kind	6. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort, Kreis, Staat			
Geschlecht	☐ männlich ☐ weiblich	☐ männlich ☐ weiblich	☐ männlich ☐ weiblich
Aufenthaltort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Kindschaftsverhältnis	☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich	☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich	☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich

3. Eltern des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin				Vermerke der Behörde
	Vater	Mutter		
leibliche Eltern	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		
Adoptiveltern	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		
Annahme als Kind erfolgt durch				
Tag und Ort der Eheschließung				
Familienname				
Geburtsname				
Vorname(n)				
Geburtsdatum				
Geburtsort, Kreis, Staat				
Staatsangehörigkeit				
Volkszugehörigkeit				
Wohnort				
Kreis, Staat				
verstorben	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		
am				
- Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern/-bewerberinnen! -				
Ehe der Eltern besteht fort	☐ ja ☐ nein			
Vertretungsbefugnis liegt bei				
Vertretungsbefugnis beruht auf				

4.	Status des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin	Vermerke der Behörde
derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
Erwerbsgrund der derzeitigen Staatsangehörigkeit		
belegt	☐ ja ☐ nein	
durch (z. B. Pass, Personal- ausweis, Staatsangehörigkeits- urkunde)		
frühere Staatsangehörigkeiten		
Erwerbsgrund der früheren Staatsangehörigkeit		
Verlustgrund der früheren Staatsangehörigkeit		
Verlust belegt	☐ ja ☐ nein	
durch (z. B. Entlassungs- urkunde, Bescheinigungen des Heimatstaats)		

5. Aufenthalt des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin			Vermerke der Behörde
Niederlassungserlaubnis	☐ ja ☐ nein		
Aufenthaltserlaubnis	☐ ja ☐ nein		
Rechtsgrundlage			
gültig bis			
Aufenthaltszeiten und -orte von Geburt an			
im Ausland von bis		in (Ort, Kreis, Staat)	
in Deutschland von bis		in (Ort, Kreis, Staat)	

6.	Schulbildung des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin im In- und Ausland				Vermerke der Behörde
	von	bis	Schulart, Abschluss	Staat	
7.	Arbeitsverhältnisse des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin innerhalb <u>der letzten 8 Jahre</u>				
	Arbeitsverhältnisse und/oder selbstständige Tätigkeiten	von - bis	Art der Tätigkeit		
8.	<u>Alle</u> Straftaten und Verurteilungen des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin im Inland und Ausland				
	strafrechtliche Verurteilungen	☐ ja ☐ nein			
	Angaben über Datum, Tat- bestand und Strafmaß				
	anhängige Ermittlungs- verfahren	☐ ja ☐ nein			
	nähere Angaben				

9. Wirtschaftliche Verhältnisse des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin		Vermerke der Behörde
Bruttoeinkünfte	_____ Euro ☐ monatlich ☐ jährlich	
oder andere Einkünfte	_____	

Bezug von Leistungen nach Sozialgesetzbuch II (Bürgergeld) oder Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe)	☐ ja ☐ nein	
Höhe der Leistungen nach Sozialgesetzbuch II (Bürgergeld) oder Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe)	_____ Euro monatlich	
Bezug von sonstigen Sozialleistungen (z. B. Wohngeld, Kinderzuschlag, Krankengeld, Arbeitslosengeld I, Ausbildungsförderung, BAföG)	☐ ja ☐ nein _____ Euro monatlich	
Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören	☐ ja ☐ nein	
Name und Anschrift der Unterhaltsberechtigten	_____	

Unterhaltsrückstände	☐ ja ☐ nein	
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche	☐ ja ☐ nein	
Unterhaltspflichtige(r) (Name)	_____	
Anschrift	_____	

Bruttoeinkünfte	_____ Euro ☐ monatlich ☐ jährlich	

10. **Sonstiges**

Vermerke der Behörde

Mit der Auskunftserteilung durch den für mich zuständigen Träger der Sozialhilfe, die Bundesagentur für Arbeit, das Jugendamt, das Standesamt, die Finanzbehörde und die Ausländerbehörde bin ich einverstanden.

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, dass gemäß § 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen. Ich bin zudem darauf hingewiesen worden, dass eine Einbürgerung zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzliche, unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für sie gewesen sind, erwirkt worden ist (§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz). Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

Voraussetzung für die Durchführung des Einbürgerungsverfahrens ist die Abfrage bei Sicherheitsbehörden (Bundeszentralregister, Polizei und Verfassungsschutz und die Überprüfung, ob Ihre Ausländerakte Erkenntnisse enthält, die einer Einbürgerung entgegenstehen. Nach §§ 31 und 32 Staatsangehörigkeitsgesetz sind die Staatsangehörigkeitsbehörden verpflichtet, diese Sicherheitsabfragen in jedem Einzelfall durchzuführen, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorliegen. Eine positive Entscheidung ist nur dann möglich, wenn sich aus den Sicherheitsabfragen keine Erkenntnisse ergeben, die gegen eine Einbürgerung sprechen. Dies können strafrechtliche Verurteilungen genauso sein wie Erkenntnisse, die zeigen, dass der/die Einbürgerungsbewerber/-in Ziele verfolgt oder unterstützt, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder andere durch das Grundgesetz oder die Rechtsordnung geschützte Rechte und Werte richten. Auf der Grundlage von § 32 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz wird Ihre Ausländerakte bei der Ausländerbehörde angefordert.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf den §§ 10 bis 12 b des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Ohne die verlangten Angaben ist die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrags nicht möglich.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/der Antragstellerin
oder des/der gesetzlichen Vertreter(s)

Ich/Wir beantrage(n) die Einbürgerung der folgenden unter Nr. 2 des Antrags aufgeführten Kinder:

Ort, Datum

Unterschrift(en) des/der gesetzlichen Vertreter(s)

(Vater)

(Mutter)